



www.MinisterieVanPropaganda.org

Karl Marx/ Friedrich Engels

Zu den sozialdemokratischen
Programmmentwürfen
von Gotha und Erfurt

Marx und Engels neu lesen!

Marx und Engels neu lesen

Im Auftrag des Förderkreises Marx-Engels-Ausgaben e. V.
herausgegeben von

Peer Kösling

Karl Marx
Friedrich Engels

Zu den
sozialdemokratischen
Programmmentwürfen von
Gotha und Erfurt

Neue Impulse Verlag
Essen 1999

Marx und Engels neu lesen

Mit dieser Empfehlung werden vom 1994 gegründeten „Förderkreis Marx-Engels-Ausgaben e.V.“ eine Reihe neubearbeiteter Studienausgaben der Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels herausgegeben. Es handelt sich hauptsächlich um Arbeiten, die schon zu Lebzeiten der Verfasser weite Verbreitung fanden. Sie sollen dem Leser einen vorurteilsfreien und authentischen Zugang zum Gesamtwerk von Marx und Engels ermöglichen.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Zu den sozialdemokratischen Programmentwürfen
von Gotha und Erfurt / Karl Marx ; Friedrich Engels. -
Essen : Neue-Impulse-Verl., 1999
(Marx und Engels neu gelesen)
ISBN 3-910080-15-4**

ISBN: 3-910080-15-4

Redaktion: Peer Kösling
Umschlaggestaltung: Petra Hahn
Satz: Rüdiger Eckert
Druck: Digital Printing Service, Andernach

Inhalt

Vorbemerkung	7
Friedrich Engels: Brief an August Bebel	11
Karl Marx: Kritik des Gothaer Programmentwurfs	20
Begleitbrief an Wilhelm Bracke	20
Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei	23
Friedrich Engels: Einleitung zu Marx' „Kritik des Gothaer Programmentwurfs“	43
Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-Entwurfs 1891	45
Personenverzeichnis	57

Vorbemerkung

Das vorliegende Leseheft enthält fünf Dokumente, in denen Marx und Engels sich zur Programmatik der deutschen Sozialdemokratie im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts geäußert haben. Diese Dokumente haben im jahrzehntelangen Für und Wider bei der Interpretation des Marxschen Denkens, vor allem der Formierung der Arbeiterparteien, eine herausragende Rolle gespielt. Ihre Kenntnis ist unstrittig ein wichtiger Zugang zum Verständnis der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Hintergrund für die aufgenommenen Dokumente aus dem Jahre 1875 war der Entwurf des Programms, das auf dem Vereinigungskongreß von Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein (ADAV; „Lassalleaner“) und Sozialdemokratischer Arbeiterpartei (SDAP; „Eisenacher“), der dann vom 22.-27. Mai 1875 in Gotha tagte, beschlossen werden sollte. Außer Marx und Engels standen vor allem August Bebel und Wilhelm Bracke dem Kompromißprogramm, das seitens der SDAP maßgeblich von Wilhelm Liebknecht ausgehandelt worden war, kritisch gegenüber. Vorübergehend erwogen beide, mit einem Gegenentwurf aufzutreten, wofür sie die Meinung der beiden Londoner Mentoren einholen wollten (Bebel an Engels, 23. Februar 1875; Bracke an Engels, 25. März 1875; Bracke an Bebel, 23. und 31. März 1875). Neben dem hier aufgenommenen Brief an Bebel hatte Engels seine mit Marx abgestimmte grundlegende Auffassung auch Hermann Ramm, Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Bracke mitgeteilt. Diese Briefe sind nicht überliefert.

Unmittelbarer und letzter Anstoß für die ins einzelne gehenden „Randglossen“ dürften Liebknechts Briefe an Engels vom 21. und 23. April 1875 gewesen sein. Aus ihnen hatten die beiden „Alten“ in London den Eindruck gewonnen, daß ihre bisherige Kritik beim Verhandlungsführer der Partei, der sie nahestanden, nicht sehr tief eingedrungen war.

Einige der in den Schreiben von Engels und Marx direkt angesprochenen Adressaten erklärten sich mit den darin vorgetragenen inhaltlichen Standpunkten prinzipiell einverstanden (Liebknecht an Engels, 21. April 1875; Bracke an Marx, 10. Mai 1875; Ramm an Engels, 24. Mai 1875; Bebel an Engels, 21. September 1875). Um den weit fortgeschrittenen Vereinigungsprozeß nicht zu gefährden, verzichteten sie jedoch darauf, von dieser harschen Kritik explizit und öffentlich Gebrauch zu machen. Sie legten sie allerdings auch nicht einfach beiseite.¹

¹ Einige Ergebnisse des Versuchs, die Wirkungsgeschichte der nichtveröffentlichten Programmatik zwischen 1875 und 1890 zu erfassen, finden sich in MEGA² 1/25, S. 520-523.

Die wichtigsten Umstände, die Engels veranlaßten, die Marxschen „Randglossen“ und den Begleitbrief an Bracke von 1875 knapp 16 Jahre später erstmals zu veröffentlichen, hat er in der hier aufgenommenen kleinen „Einleitung“ dargelegt. Da er darin auch auf die Situation von 1875 eingeht, kann es sinnvoll sein, die „Einleitung“ vor den Texten von Marx zu lesen. Die drei Schriftstücke erschienen unter dem Titel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Aus dem Nachlaß von Karl Marx“ in einem Heft der Stuttgarter „Neuen Zeit“ (9. Jg., 1890/91, Nr. 18, S. 561-575), das Ende Januar 1891 ausgeliefert wurde. Die Eingriffe in den Text von Marx, auf die Engels den Leser aufmerksam macht, waren in Abstimmung mit Karl Kautsky, dem Redakteur, und Johann Heinrich Wilhelm Dietz, dem Verleger dieser theoretischen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, erfolgt. Darüber hinaus mischte Engels seiner Einleitung noch „etwas beruhigendes Morphin und Bromkalium“ unter (Engels an Kautsky, 15. Januar 1891).

Trotzdem sorgte diese „Bombe“, wie Engels die Marxsche Programmkritik gegenüber Friedrich Adolph Sorge in einem Brief vom 17. Januar 1891 bezeichnete, in der Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) – so der Parteiname seit dem Hallenser Parteitag (12.-18. Oktober 1890) – für reichlich Verwirrung und Verärgerung.

Eine naheliegende Folge dieser Auseinandersetzung um die Veröffentlichung der Kritik des Gothaer Programmentwurfs von Marx war, daß Engels sehr frühzeitig in die Ausarbeitung des neuen Programms einbezogen wurde. Am 18. Juni 1891 übersandte ihm Richard Fischer, einer der beiden Schriftführer im Parteivorstand, den im wesentlichen von Wilhelm Liebknecht und August Bebel ausgearbeiteten und als „streng vertraulich“ gekennzeichneten internen Entwurf des Parteivorstandes. Wie die anderen Adressaten dieses Entwurfs wurde Engels gebeten, seine Stellungnahme bis zum 27. des gleichen Monats einzureichen. Mit „Zur Kritik des sozialdemokratischen Program-Entwurfs 1891“ kam Engels dieser Bitte unter einer Überschrift nach, die seine Kritik bereits äußerlich in enge Beziehung zu seiner Veröffentlichung der Marxschen Programmkritik von 1875 setzte.

Eine Reihe starker Indizien spricht dafür, daß es sich bei dem überlieferten Manuskript (IISG Amsterdam, Marx-Engels-Nachlaß, Sign. H 133 und H 136) um einen Entwurf handelt, den Engels in der abgesandten Reinschrift leicht überarbeitet hat. Daraus erklären sich auch die Unterschiede zur späteren nicht autorisierten Erstveröffentlichung in der „Neuen Zeit“ von 1901/02 (20. Jg., Bd. 1, S. 5-13).

Besonders Engels' Hinweise zum ersten Teil gingen weitgehend in den offiziellen Programmentwurf ein, den der Parteivorstand der SPD am 4. Juli 1891 im Berliner „Vorwärts“ veröffentlichte. Darüber hinaus hat Engels' „Kritik“ auf verschiedenen Wegen auch den konkurrierenden Programmentwurf beeinflusst, den Karl Kautsky und Eduard Bernstein vorlegten (Die Neue Zeit, 9. Jg., 1890/91, Bd. 2, S. 825-827) und der dann auf Drängen von Engels und Bebel zur Grundlage

des definitiven Programms bestimmt wurde. Entscheidend für diese Wirkungsrichtung der Kritik von Engels, die im Unterschied zum Entwurf des Parteivorstandes stärker den politischen Teil des Programms berührte, war, daß Engels das zurückbehaltene Konzept seiner Stellungnahme am 6. August 1891 über Bernstein an Kautsky nach Stuttgart gehen ließ.

Im Hinblick auf das angenommene Erfurter Programm resümierte Engels seine und Marxens Einflußnahme auf die Programmatik der deutschen Sozialdemokratie, deren geläufigste Manifestationen im vorliegenden Leseheft zusammengestellt sind, mit den Worten: „Wir haben die Satisfaktion, daß die Marxsche Kritik komplett durchgeschlagen hat.“ (Engels an Sorge, 24. Oktober 1891.)

Über den Sachverhalt, der in dieser Einschätzung zum Ausdruck kommt, wird bis heute heftig diskutiert.

Unsere Ausgabe stützt sich auf die Edition der Schriftstücke in Marx-Engels-Werke (Dietz Verlag Berlin, Bde. 34, 19 und 22). Die Texte von Marx sind hinsichtlich des Wortbestandes am Bd. I/25 der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) überprüft. Bei dieser Gelegenheit sind einige unnötige und uneinheitlich gehandhabte modernisierte Schreibweisen in MEW dem Original wieder angeglichen worden. In gleicher Weise wird der Text von Engels' „Zur Kritik ...“ präsentiert, wofür dem Herausgeber die Materialien des zukünftigen Bandes I/32 der MEGA² zur Verfügung standen. Und nach diesem Editionsprinzip ist auch Engels' „Einleitung“ mit der von ihm korrigierten Druckfahne (IISG Amsterdam, Marx-Engels-Nachlaß, Sign. H 132) verglichen worden, in die er den „beruhigenden“ Teil ab „Trotzdem habe ich ...“ (S. 43/44) erst handschriftlich eingefügt hat. Engels' Brief an Bebel, dessen Original nicht überliefert ist, wurde anhand dieser Kriterien noch einmal mit der Erstveröffentlichung in Bebels „Aus meinem Leben“, T. 2, Stuttgart 1911, S. 118-124, verglichen.

Die Fußnoten und das Personenverzeichnis sind auf Sachverhalte beschränkt, die das historische Verständnis der Texte erleichtern mögen.

Friedrich Engels

[Brief an August Bebel]

London, 18./28. März 1875

Lieber Bebel!

Ich habe Ihren Brief vom 23. Februar erhalten und freue mich, daß es Ihnen körperlich so gut geht.

Sie fragen mich, was wir von der Einigungsgeschichte halten? Leider ist es uns ganz gegangen wie Ihnen. Weder Liebknecht noch sonst jemand hat uns irgendwelche Mitteilung gemacht, und auch wir wissen daher nur, was in den Blättern steht, und da stand nichts, bis vor zirka acht Tagen der Programmwurf kam.² Der hat uns allerdings nicht wenig in Erstaunen gesetzt.

Unsere Partei hatte so oft den Lassalleanern die Hand zur Versöhnung oder doch wenigstens zum Kartell geboten und war von den Hasenclever, Hasselmann und Tölckes so oft und so schnöde zurückgewiesen worden, daß daraus jedes Kind den Schluß ziehen mußte: wenn diese Herren jetzt selbst kommen und Versöhnung bieten, so müssen sie in einer verdammten Klemme sein. Bei dem wohlbekannten Charakter dieser Leute ist es aber unsere Schuldigkeit, diese Klemme zu benutzen, um uns alle und jede mögliche Garantien auszubedingen, damit nicht jene Leute auf Kosten unserer Partei in der öffentlichen Arbeitermeinung ihre erschütterte Stellung wieder befestigen. Man mußte sie äußerst kühl und mißtrauisch empfangen, die Vereinigung abhängig machen von dem Grade ihrer Bereitwilligkeit, ihre Sektenstichworte und ihre Staatshilfe fallen zu lassen und im wesentlichen das Ei-

² Als Abdruck im Leipziger „Volksstaat“ vom 7. März 1875; zugänglich u. a. über MEGA² I/25, S. 515/516.

senacher Programm von 1869³ oder eine für den heutigen Zeitpunkt angemessene verbesserte Ausgabe desselben anzunehmen. Unsere Partei hätte von den Lassalleanern in theoretischer Beziehung, also in dem, was fürs Programm entscheidend ist, *absolut nichts zu lernen*, die Lassalleaner aber wohl von ihr; die erste Bedingung der Vereinigung war, daß sie aufhörten, Sektierer, Lassalleaner zu sein, daß sie also vor allem das Allerweltsheilmittel der Staatshilfe wo nicht ganz aufgaben, doch als eine untergeordnete Übergangsmaßregel unter und neben vielen möglichen anderen anerkannten. Der Programmwurf beweist, daß unsere Leute theoretisch den Lassalleanerführern hundertmal überlegen – ihnen an politischer Schlauheit ebensowenig gewachsen sind; die „Ehrlichen“⁴ sind einmal wieder von den Nichtebrlichen grausam über den Löffel barbiert.

Zuerst nimmt man die großtönende, aber historisch falsche Lassallesche Phrase an: gegenüber der Arbeiterklasse seien alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse. Dieser Satz ist nur in einzelnen Ausnahmefällen wahr, zum Beispiel in einer Revolution des Proletariats, wie die Kommune⁵, oder in einem Land, wo nicht nur die Bourgeoisie Staat und Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet hat, sondern auch schon nach ihr das demokratische Kleinbürgertum diese Umbildung bis auf ihre letzten Konsequenzen durchgeführt hat. Wenn zum Beispiel in Deutschland das demokratische Kleinbürgertum zu dieser reaktionären Masse gehörte, wie konnte da die Sozialdemokratische Arbeiterpartei jahrelang mit ihm, mit der Volkspartei Hand in Hand gehen? Wie kann der „Volksstaat“ fast seinen ganzen politischen Inhalt aus der kleinbürgerlich-demokratischen „Frankfurter Zeitung“ nehmen? Und wie kann man nicht weniger als sieben Forderungen in dies selbe Programm aufnehmen, die direkt und wörtlich übereinstimmen mit dem Programm der Volkspartei⁶ und kleinbürgerlichen Demokratie? Ich meine die sieben politischen Forderungen 1 bis 5 und 1 bis 2, von denen keine einzige, die nicht *bürgerlich-demokratisch*.

³ Zugänglich u. a. bei Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, Bd. 1, Berlin 1987, S. 38. ⁴ Anspielung auf den Beinamen der SDAP. Er geht, in Frontstellung zu Teilen des ADAV, auf den Aufruf zum Gründungskongreß der Partei vom 17. Juli 1869 (Demokratisches Wochenblatt, Nr. 29) zurück. ⁵ Pariser Kommune vom 18. März bis 28. Mai 1871. ⁶ Das Programm der (Süd-)Deutschen Volkspartei von 1868 zu vergleichen bei Felix Salomon: Die deutschen Parteiprogramme, H. 1, Leipzig, Berlin 1907, S. 88/89

Zweitens wird das Prinzip der Internationalität der Arbeiterbewegung praktisch für die Gegenwart vollständig verleugnet, und das von den Leuten, die fünf Jahre lang und unter den schwierigsten Umständen dies Prinzip auf die ruhmvollste Weise hochgehalten. Die Stellung der deutschen Arbeiter an der Spitze der europäischen Bewegung beruht *wesentlich* auf ihrer echt internationalen Haltung während des Kriegs⁷; kein anderes Proletariat hätte sich so gut benommen. Und jetzt soll dies Prinzip von ihnen verleugnet werden im Moment, wo überall im Ausland die Arbeiter es in demselben Maß betonen, in dem die Regierungen jeden Versuch seiner Betätigung in einer Organisation zu unterdrücken streben!⁸ Und was bleibt allein vom Internationalismus der Arbeiterbewegung übrig? Die blasse Aussicht – nicht einmal auf ein späteres Zusammenwirken der europäischen Arbeiter zu ihrer Befreiung – nein, auf eine künftige „internationale Völkerverbrüderung“ – auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ der Bourgeois von der Friedensliga⁹!

Es war natürlich gar nicht nötig, von der Internationale als solche zu sprechen. Aber das mindeste war doch, keinen Rückschritt gegen das Programm von 1869 zu tun und etwa zu sagen: *obgleich* die deutsche Arbeiterpartei *zunächst* innerhalb der ihr gesetzten Staatsgrenzen wirkt (sie hat kein Recht, im Namen des europäischen Proletariats zu sprechen, besonders nicht etwas Falsches zu sagen), so ist sie sich ihrer Solidarität bewußt mit den Arbeitern aller Länder und wird stets bereit sein, wie bisher auch fernerhin die ihr durch diese Solidarität aufgelegten Verpflichtungen zu erfüllen. Derartige Verpflichtungen bestehen, auch ohne daß man gerade sich als Teil der „Internationale“ proklamiert oder ansieht, zum Beispiel Hilfe, Abhalten von Zuzug bei Streiks, Sorge dafür, daß die Parteiorgane die deutschen Arbeiter von der ausländischen Bewegung unterrichtet halten, Agitation gegen drohende oder ausbrechende Kabinettskriege, Verhalten während solcher, wie 1870 und 1871 mustergültig durchgeführt usw.

Drittens haben sich unsere Leute das Lassallesche „eherne Lohngesetz“ aufoktroieren lassen, das auf einer ganz veralteten ökonomischen Ansicht beruht, nämlich daß der Arbeiter im Durch-

⁷ Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71. ⁸ Gemeint ist das teilweise abgestimmte Vorgehen europäischer Regierungen gegen die Internationale Arbeiterassoziation (IAA), die von 1864-1876 bestand. ⁹ Ligue internationale de la Paix et de la Liberté – eine 1867 in Konkurrenz zur IAA gegründete bürgerlich-demokratische Organisation mit Sitz in Genf.

schnitt nur das *Minimum* des Arbeitslohnes erhält, und zwar deshalb, weil nach Malthusscher Bevölkerungstheorie immer zuviel Arbeiter da sind (dies war Lassalles Beweisführung). Nun hat Marx im „Kapital“ ausführlich nachgewiesen¹⁰, daß die Gesetze, die den Arbeitslohn regulieren, sehr kompliziert sind, daß je nach den Verhältnissen bald dieses, bald jenes vorwiegt, daß sie also keineswegs ehern, sondern im Gegenteil sehr elastisch sind und daß die Sache gar nicht so mit ein paar Worten abzumachen ist, wie Lassalle sich einbildete. Die Malthussche Begründung des von Lassalle ihm und Ricardo (unter Verfälschung des letzteren) abgeschriebenen Gesetzes, wie sie sich zum Beispiel „Arbeiterlesebuch“ Seite 5 aus einer anderen Broschüre Lassalles zitiert findet,¹¹ ist von Marx in dem Abschnitt über „Akkumulationsprozeß des Kapitals“¹² ausführlich widerlegt. Man bekennt sich also durch Adaptionierung des Lassalleschen „ehernen Gesetzes“ zu einem falschen Satz und einer falschen Begründung desselben.

Viertens stellt das Programm als *einzig soziale Forderung* auf – die Lassallesche Staatshilfe in ihrer nacktesten Gestalt, wie Lassalle sie von Buchez gestohlen hatte.¹³ Und das, nachdem Bracke diese Forderung sehr gut in ihrer ganzen Nichtigkeit aufgewiesen;¹⁴ nachdem fast alle, wo nicht alle Redner unserer Partei im Kampf mit den Lassalleanern genötigt gewesen sind, gegen diese „Staatshilfe“ aufzutreten! Tiefer konnte unsere Partei sich nicht demütigen. Der Internationalismus heruntergekommen auf Amand Goegg, der Sozialismus auf den Bourgeoisrepublikaner Buchez, der diese Forderung *gegenüber den Sozialisten* stellte, um sie auszustechen!

Im besten Fall aber ist die „Staatshilfe“ im Lassalleschen Sinne doch nur eine *einzig* Maßregel unter vielen anderen, um das Ziel zu erreichen, was hier mit den lahmen Worten bezeichnet wird:

¹⁰ Siehe MEGA² II/5, S. 433-456. ¹¹ Es handelt sich um ein Zitat aus dem „Offnen Antwortschreiben“; siehe Ferdinand Lassalle: Gesammelte Reden und Schriften, hrsg. und eingel. von Eduard Bernstein, Bd. 3, Berlin 1919, S. 183/184. ¹² Siehe MEGA² II/5, S. 456-619. ¹³ Ungeachtet einzelner Vorläufer gilt Buchez als Begründer der Produktivgenossenschaften für Arbeiter. Lassalles Vorschlag ausgerechnet mit ihm und seiner Zeitschrift „L'Atelier“ (Paris) in Verbindung zu bringen, muß jedoch zunächst überraschen. (Siehe dazu den Beitrag des Herausgebers im Marx-Engels-Jahrbuch, Berlin, 10. Jg., 1987, S. 197-209.) Seine Vorschläge entwickelte Buchez in Konkurrenz zu verschiedenen kommunistischen Organisationen und zu den Sozialisten, die sich um die 1843 gegründete Pariser Zeitung „La Réforme“ gruppierten, wozu auch Louis Blanc gehörte. ¹⁴ Wilhelm Bracke: Der Lassalle'sche Vorschlag. Ein Wort an den 4. Congreß der social-demokratischen Arbeiterpartei, Braunschweig 1873.

„um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen“, als ob es für uns noch eine theoretisch *ungelöste soziale Frage* gäbe! Wenn man also sagt: Die deutsche Arbeiterpartei erstrebt die Abschaffung der Lohnarbeit und damit der Klassenunterschiede vermittels Durchführung der genossenschaftlichen Produktion in Industrie und Ackerbau und auf nationalem Maßstab; sie tritt ein für jede Maßregel, welche geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen! – so kann kein Lassalleaner etwas dagegen haben.

Fünftens ist von der Organisation der Arbeiterklasse als Klasse vermittels der Gewerksgenossenschaften gar keine Rede. Und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, denn dies ist die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats, in der es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult und die heutzutage bei der schlimmsten Reaktion (wie jetzt in Paris) platterdings nicht mehr kaputt zu machen ist. Bei der Wichtigkeit, die diese Organisation auch in Deutschland erreicht, wäre es unserer Ansicht nach unbedingt notwendig, ihrer im Programm zu gedenken und ihr womöglich einen Platz in der Organisation der Partei offen zu lassen.

Das alles haben unsere Leute den Lassalleanern zu Gefallen getan. Und was haben die anderen nachgegeben? Daß ein Haufen ziemlich verworrener *rein demokratischer Forderungen* im Programm figurieren, von denen manche reine Modesache sind, wie zum Beispiel die „Gesetzgebung durch das Volk“, die in der Schweiz besteht und mehr Schaden als Nutzen anrichtet, wenn sie überhaupt was anrichtet. *Verwaltung* durch das Volk, das wäre noch etwas. Ebenso fehlt die erste Bedingung aller Freiheit: daß alle Beamte für alle ihre Amtshandlungen jedem Bürger gegenüber vor den gewöhnlichen Gerichten und nach gemeinem Recht verantwortlich sind. Davon, daß solche Forderungen wie: Freiheit der Wissenschaft – Gewissensfreiheit in jedem liberalen Bourgeoisprogramm figurieren und sich hier etwas befremdend ausnehmen, davon will ich weiter nicht sprechen.

Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der *Volksstaat* ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon

die Schrift Marx' gegen Proudhon¹⁵ und nachher das „Kommunistische Manifest“¹⁶ direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt *Staat* „Gemeinwesen“ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische „Kommune“ sehr gut vertreten kann.

„Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ ist auch eine sehr bedenkliche Phrase statt: „Aufhebung aller Klassenunterschiede“. Von Land zu Land, von Provinz zu Provinz, von Ort zu Ort sogar wird immer eine *gewisse* Ungleichheit der Lebensbedingungen bestehen, die man auf ein Minimum reduzieren, aber nie ganz beseitigen können wird. Alpenbewohner werden immer andere Lebensbedingungen haben als Leute des flachen Landes. Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der *Gleichheit* ist eine einseitige französische Vorstellung, anlehend an das alte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, eine Vorstellung, die *als Entwicklungsstufe* ihrer Zeit und ihres Ortes berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollten, da sie nur Verwirrung in den Köpfen anrichten und präzisere Darstellungsweisen der Sache gefunden sind.

Ich höre auf, obwohl fast jedes Wort in diesem dabei saft- und kraftlos redigierten Programm zu kritisieren wäre. Es ist der Art, daß, falls es angenommen wird, Marx und ich uns *nie* zu der auf dieser Grundlage errichteten *neuen* Partei bekennen können und uns sehr ernstlich werden überlegen müssen, welche Stellung wir auch öffentlich ihr gegenüber zu nehmen haben. Bedenken Sie, daß man *uns* im Auslande für alle und jede Äußerungen und Handlungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei verantwortlich macht. So Bakunin in seiner Schrift „Politik und An-

¹⁵ Karl Marx: *Misère de la Philosophie. Réponse a la Philosophie de la misère de M. Proudhon*, Paris und Bruxelles 1847 (siehe MEW, Bd. 4, S. 63-182; hierfür S. 181/182). ¹⁶ Siehe MEW, Bd. 4, S. 459-493; hierfür S. 482.

archie“¹⁷, wo wir einstehen müssen für jedes unüberlegte Wort, das Liebknecht seit Stiftung des „Demokratischen Wochenblattes“ gesagt und geschrieben. Die Leute bilden sich eben ein, wir kommandierten von hier aus die ganze Geschichte, während Sie so gut wie ich wissen, daß wir uns fast nie im geringsten in die inneren Parteiangelegenheiten gemischt, und auch dann nur, um Böcke, die nach unserer Ansicht geschossen worden, und zwar *nur theoretische*, wieder nach Möglichkeit gutzumachen. Sie werden aber selbst einsehen, daß dies Programm einen Wendepunkt bildet, der uns sehr leicht zwingen könnte, alle und jede Verantwortlichkeit mit der Partei, die es anerkennt, abzulehnen.

Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut. Aber ein *neues* Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei. Es sollte daher keinesfalls einen Rückschritt enthalten, wie dies gegenüber dem Eisenacher. Man sollte doch auch bedenken, was die Arbeiter anderer Länder zu diesem Programm sagen werden; welchen Eindruck diese Kniebeugung des gesamten deutschen sozialistischen¹⁸ Proletariats vor dem Lassalleanismus machen wird.

Dabei bin ich überzeugt, daß eine Einigung auf *dieser* Basis kein Jahr dauern wird. Die besten Köpfe unserer Partei sollten sich dazu hergeben, auswendig gelernte Lassallesche Sätze vom ehernen Lohngesetz und der Staatshilfe abzuleiern? Ich möchte zum Beispiel Sie dabei sehen! Und täten sie es, ihre Zuhörer würden sie auszischen. Und ich bin sicher, die Lassalleaner bestehen gerade auf *diesen* Stücken des Programms wie der Jude Shylock auf seinem Pfund Fleisch.¹⁹ Die Trennung wird kommen; aber wir werden Hasselmann, Hasenclever und Tölcke und Konsorten wieder „ehrlich gemacht“ haben; wir werden schwächer und die Lassalleaner stärker aus der Trennung hervorgehen; unsere Partei wird ihre politische Jungferschaft verloren haben und wird nie wieder gegen Lassallephrasen, die sie eine Zeitlang selbst auf die Fahne

¹⁷ Bakunins „Staatlichkeit [gossudarstvennost] und Anarchie“, Einführung, T. 1, erschien 1873 anonym in russischer Sprache in Zürich; Engels und weiter unten Marx beziehen sich auf S. 23/24 und 34/35. Marx konспектиerte das Buch (siehe MEW, Bd. 18, S. 597-642). ¹⁸ Bei Bebel: sozialen – wohl versehentlich aus einer Abkürzung bei Engels resultierend. ¹⁹ In Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ beharrt der Geldverleiher Shylock auf einem Vertrag, wonach ihm ein Pfund Fleisch aus dem Körper seines Schuldners zusteht, wenn dieser seine Schulden nicht fristgemäß zurückzahlt. Bei Fälligkeit fordert er dessen Herz.

geschrieben, herzlich auftreten können; und wenn die Lassalleaner dann wieder sagen: sie seien die eigentlichste und einzige Arbeiterpartei, unsere Leute seien Bourgeois, so ist das Programm da, um es zu beweisen. Alle sozialistischen Maßregeln darin sind *ihre*, und *unsere* Partei hat nichts hineingesetzt als Forderungen der kleinbürgerlichen Demokratie, die doch *auch von ihr* in demselben Programm als Teil der „reaktionären Masse“ bezeichnet ist!

Ich hatte diesen Brief liegen lassen, da Sie doch erst am 1. April zu Ehren von Bismarcks Geburtstag freikommen²⁰ und ich ihn nicht der Chance des Abfassens bei einem Schmuggelversuch aussetzen wollte. Da kommt nun gerade ein Brief von Bracke²¹, der auch wegen des Programms seine schweren Bedenken hat und unsere Meinung wissen will. Ich schicke ihn daher zur Beförderung an ihn, damit er ihn lese und ich den ganzen Kram nicht noch einmal zu schreiben brauche. Übrigens habe ich Ramm ebenfalls klaren Wein eingeschenkt, an Liebknecht schrieb ich nur kurz. Ich verzeihe ihm nicht, daß er uns von der ganzen Sache *kein Wort* mitgeteilt (während Ramm und andere glaubten, er habe uns genau unterrichtet), bis es sozusagen zu spät war. Das hat er zwar von jeher so gemacht – und daher die viele unangenehme Korrespondenz, die wir, Marx sowohl wie ich, mit ihm hatten aber diesmal ist es doch zu arg, und *wir gehen entschieden nicht mit*.

Sehen Sie, daß Sie es einrichten, im Sommer herzukommen, Sie wohnen natürlich bei mir, und wenn das Wetter gut, können wir ein paar Tage seebaden gehen, das wird Ihnen nach dem langen Brummen recht nützlich sein.²²

Freundlichst Ihr F. E.

Marx ist eben ausgezogen, er wohnt 41 Maitland Park Crescent NW. London.

²⁰ Am 1. April 1875 endete für Bebel eine zwei Jahre und neun Monate dauernde Festungs- und Gefängnishaft, die er zuletzt in Zwickau verbüßte. ²¹ Bracke an Engels, 25. März 1875. ²² Zu diesem Besuch kam es erst 1880.

Karl Marx

Kritik des Gothaer Programmentwurfs

[Begleitbrief an Wilhelm Bracke]

London, 5. Mai 1875

Lieber Bracke!

Nachstehende kritische Randglossen zu dem Koalitionsprogramm sind Sie wohl so gut, nach Durchlesung, zur Einsicht an Geib und Auer, Bebel²³ und Liebknecht mitzuteilen. *Notabene. Das Manuskript muß in Ihre Hände zurückkehren*, damit es mir nötigenfalls zu Gebot steht. Ich bin überbeschäftigt und muß schon weit über das Arbeitsmaß hinausschießen, das mir ärztlich vorgeschrieben ist. Es war mir daher keineswegs ein „Genuß“, solch langen Wisch zu schreiben. Doch war es notwendig, damit später meinerseits zu tuende Schritte von den Parteifreunden, für welche diese Mitteilung bestimmt ist, nicht mißdeutet werden.

Nach abgehaltenem Koalitionskongreß werden Engels und ich nämlich eine kurze Erklärung veröffentlichen, des Inhalts, daß wir besagtem Prinzipienprogramm durchaus fernstehn und nichts damit zu tun haben.²⁴

²³ Es ist erwiesen, daß Bebel 1875 von der Existenz des Marxschen Schriftstücks wußte (Bracke an Bebel, 10. Mai 1875), ob er es tatsächlich zur Kenntnis genommen hat, allerdings nicht. 1891 hat er das verneint (Bebel an Engels, 21. Januar 1891). ²⁴ Auf eine solche Erklärung haben Marx und Engels verzichtet (siehe Engels an Bebel, 11. Oktober 1875).

Es ist dies unerläßlich, da man im Ausland die von Parteifeinden sorgsamst genährte Ansicht – die durchaus irrige Ansicht hegt, daß wir die Bewegung der sog. Eisenacher Partei insgeheim von hier aus lenken. Noch in einer jüngst erschienenen russischen Schrift macht Bakunin mich z. B. nicht nur für alle Programme etc. jener Partei verantwortlich, sondern sogar für jeden Schritt, den Liebknecht vom Tag seiner Kooperation mit der Volkspartei an getan hat.²⁵

Abgesehen davon ist es meine Pflicht, ein nach meiner Überzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen.

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man also nicht und die Zeitumstände ließen das nicht zu *über* das Eisenacher Programm²⁶ hinausgehen, so hätte man einfach eine Übereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt dies bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt.

Die Chefs der Lassalleaner kamen, weil die Verhältnisse sie dazu zwangen. Hätte man ihnen von vornherein erklärt, man lasse sich auf keinen Prinzipienschacher ein, so hätten sie sich mit einem Aktionsprogramm oder Organisationsplan zu gemeinschaftlicher Aktion begnügen *müssen*. Statt dessen erlaubt man ihnen, sich mit Mandaten bewaffnet einzustellen, und erkennt diese Mandate seinerseits als bindend an, ergibt sich also den Hilfsbedürftigen auf Gnade und Ungnade.²⁷ Um der Sache die Krone aufzusetzen, halten sie wieder einen Kongreß *vor* dem *Kompromißkongreß*, während die eigne Partei ihren Kongreß *post festum* hält.²⁸ Man wollte offenbar alle Kritik eskamotieren und die eigne Partei nicht zum Nachdenken kommen lassen. Man weiß, wie die bloße Tatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu teuer erkauf.

²⁵ Siehe Anm. 17. ²⁶ Siehe Anm. 3 ²⁷ Bezieht sich auf die Situation während der Gothaer Vor-Konferenz vom 14./15. Februar 1875 (siehe Liebknecht an Engels, 21. April 1875). ²⁸ Bezieht sich auf den Ablauf des Vereinigungskongresses: Generalversammlung des ADAV am 19. Mai, Allgemeiner Sozialistenkongreß am Abend des 22. Mai, Kongreß der SDAP am Abend des 25. Mai.

Übrigens taugt das Programm nichts, auch abgesehen von der Heiligsprechung der Lassalleschen Glaubensartikel.

Ich werde Ihnen in der nächsten Zeit die Schlußlieferungen der französischen Ausgabe des „Kapital“²⁹ schicken. Der Fortgang des Drucks war auf längere Zeit durch Verbot der französischen Regierung gehemmt. Diese Woche oder Anfang der nächsten wird die Sache fertig. Haben Sie die früheren 6 Lieferungen erhalten? Schreiben Sie mir gefälligst auch die *Adresse* von Bernhard Becker, dem ich ebenfalls die Schlußlieferungen schicken muß.

Die „Volksstaats“-Buchhandlung hat eigne Manieren. So hat man mir bis zu diesem Augenblick z. B. auch nicht ein einziges Exemplar des Abdrucks des „Kölner Kommunistenprozesses“³⁰ zukommen lassen.

Mit bestem Gruß
Ihr Karl Marx

²⁹ Siehe MEGA² II/7. ³⁰ Karl Marx: Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln. Neuer Abdruck, Leipzig 1875; Erstdruck: Basel 1853; siehe MEGA² I/11, S. 363–423.

Randglossen zum:

Programm der deutschen Arbeiterpartei

I.

1. „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“

Erster Teil des Paragraphen: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.“

Die Arbeit ist *nicht die Quelle* alles Reichtums. Die *Natur* ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum?) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.

Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibeln und ist insofern richtig, als *unterstellt* wird, daß die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen bürgerlichen Redensarten nicht erlauben, die *Bedingungen* zu verschweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Nur soweit der Mensch sich von vornherein als Eigentümer zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit *übernatürliche Schöpfungskraft* anzudichten; denn grade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein andres Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.

Lassen wir jetzt den Satz, wie er geht und steht oder vielmehr hinkt. Was hätte man als Schlußfolgerung erwartet? Offenbar dies:

„Da die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist, kann auch in der Gesellschaft sich niemand Reichtum aneignen, außer als Produkt der Arbeit. Wenn er also nicht selber arbeitet, lebt er von fremder Arbeit und eignet sich auch seine Kultur auf Kosten fremder Arbeit an.“

Statt dessen wird durch die Wortschraube „und da“ ein zweiter Satz angefügt, um aus ihm, nicht aus dem ersten, eine Schlußfolgerung zu ziehn.

Zweiter Teil des Paragraphen: „Nutzbringende Arbeit ist nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich.“

Nach dem ersten Satz war die Arbeit die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, also auch keine Gesellschaft ohne Arbeit möglich. Jetzt erfahren wir umgekehrt, daß keine „nutzbringende“ Arbeit ohne Gesellschaft möglich ist.

Man hätte ebensogut sagen können, daß nur in der Gesellschaft nutzlose und selbst gemeinschädliche Arbeit ein Erwerbszweig werden kann, daß man nur in der Gesellschaft vom Müßiggang leben kann etc. etc., kurz, den ganzen Rousseau abschreiben können.

Und was ist „nutzbringende“ Arbeit? Doch nur die Arbeit, die den bezweckten Nutzeffekt hervorbringt. Ein Wilder und der Mensch ist Wilder, nachdem er aufgehört hat, Affe zu sein –, der ein Tier mit einem Stein erlegt, der Früchte sammelt etc., verrichtet „nutzbringende“ Arbeit.

Drittens: Die Schlußfolgerung: „Und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“

Schöner Schluß! Wenn die nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Arbeitsertrag der Gesellschaft und kommt dem einzelnen Arbeiter davon nur soviel zu, als nicht nötig ist, um die „Bedingung“ der Arbeit, die Gesellschaft, zu erhalten.

In der Tat ist dieser Satz auch zu allen Zeiten *von den Vorfechtern des jedesmaligen Gesellschaftszustands* geltend gemacht worden. Erst kommen die Ansprüche der Regierung mit allem, was daran klebt, denn sie ist das gesellschaftliche Organ zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; dann kommen die Ansprüche der ver-

schiednen Sorten von Privateigentümern, denn die verschiedenen Sorten Privateigentum sind die Grundlagen der Gesellschaft etc. Man sieht, man kann solche hohlen Phrasen drehn und wenden, wie man will.

Irgendwelchen verständigen Zusammenhang haben der erste und zweite Teil des Paragraphen nur in dieser Fassung:

„Quelle des Reichtums und der Kultur wird die Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit“ oder, was dasselbe ist, „in und durch die Gesellschaft“.

Dieser Satz ist unstreitig richtig, denn wenn die vereinzelte Arbeit (ihre sachlichen Bedingungen vorausgesetzt) auch Gebrauchswerte schaffen kann, kann sie weder Reichtum noch Kultur schaffen.

Aber ebenso unstreitig ist der andre Satz:

„Im Maße, wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichtum und Kultur wird, entwickeln sich Armut und Verwahrlosung auf Seite des Arbeiters, Reichtum und Kultur auf Seite des Nicht-Arbeiters.“

Dies ist das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte. Es war also, statt allgemeine Redensarten über „die Arbeit“ und „die Gesellschaft“ zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen etc. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen geschichtlichen Fluch zu brechen.

In der Tat aber ist der ganze, stilistisch und inhaltlich verfehlt Paragraph nur da, um das Lassallesche Stichwort vom „verkürzten Arbeitsertrag“ als Losungswort auf die Spitze der Parteilinie zu schreiben. Ich komme später zurück auf den „Arbeitsertrag“, „das gleiche Recht“ etc., da dieselbe Sache in etwas anderer Form wiederkehrt.

2. „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.“

Der dem internationalen Statut³¹ entlehnte Satz ist in dieser „verbesserten“ Ausgabe falsch.

³¹ Die von Marx stammenden „Allgemeinen Statuten und Verwaltungsverordnungen“ der Internationalen Arbeiterassoziation; beim folgenden Zitat bezieht Marx sich offenbar auf die ursprüngliche englische Fassung von 1871 (siehe MEGA² I/22, S. 365).

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Grundeigentümer (das Monopol des Grundeigentums ist sogar Basis des Kapitalmonopols) und der Kapitalisten. Das internationale Statut nennt im betreffenden Passus weder die eine noch die andre Klasse der Monopolisten. Es spricht vom „*Monopol der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen*“; der Zusatz „*Lebensquellen*“ zeigt hinreichend, daß der Grund und Boden in den Arbeitsmitteln einbegriffen ist.

Die Verbesserung wurde angebracht, weil Lassalle, aus jetzt allgemein bekannten Gründen,³² nur die Kapitalistenklasse angriff, nicht die Grundeigentümer. In England ist der Kapitalist meistens nicht einmal der Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem seine Fabrik steht.

3. „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.“

„Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut“! Soll wohl heißen ihre „Verwandlung in Gemeingut“. Doch dies nur nebenbei.

Was ist „*Arbeitsertrag*“? Das Produkt der Arbeit oder sein Wert? Und im letzteren Fall, der Gesamtwert des Produkts oder nur der Wertteil, den die Arbeit dem Wert der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat?

„*Arbeitsertrag*“ ist eine lose Vorstellung, die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.

Was ist „*gerechte*“ Verteilung?

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung „*gerecht*“ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige „*gerechte*“ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über „*gerechte*“ Verteilung?

Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase „*gerechte Verteilung*“ vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, worin „*die Arbeitsmittel Gemeingut sind*

³² Anspielung auf die geheimen Beziehungen, die Lassalle von Mitte Mai 1863 bis Februar 1864 mit Bismarck bzw. der preußischen Regierung unterhielt.

und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist“, und aus dem ersten Paragraphen ersehen wir, daß „*der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern gehört*“.

„Allen Gesellschaftsgliedern“? Auch den nicht arbeitenden? Wo bleibt da „*der unverkürzte Arbeitsertrag*“? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da „*das gleiche Recht*“ aller Gesellschaftsglieder?

Doch „*alle Gesellschaftsglieder*“ und „*das gleiche Recht*“ sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, daß in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter seinen „*unverkürzten*“ Lassalleschen „*Arbeitsertrag*“ erhalten muß.

Nehmen wir zunächst das Wort „*Arbeitsertrag*“ im Sinn des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das *gesellschaftliche Gesamtprodukt*.

Davon ist nun abzuziehen:

Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel;

Zweitens: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion;

Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse etc.

Diese Abzüge vom „*unverkürzten Arbeitsertrag*“ sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andre Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen.

Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

Erstens: die *allgemeinen, nicht direkt zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten*.

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Zweitens: was zur *gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist*, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc.

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige etc., kurz, für, was heute zur sog. offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm unter Lassalleschem Einfluß bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unter der Hand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugut kommt.

Wie die Phrase des „unverkürzten Arbeitsertrags“ verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase *des* „Arbeitsertrags“ überhaupt.

Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. Das Wort „Arbeitsertrag“, auch heutzutage wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.

Demgemäß erhält der einzelne Produzent nach den Abzügen exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der

Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.

Das *gleiche Recht* ist hier daher immer noch dem Prinzip nach das *bürgerliche Recht*, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur *im Durchschnitt*, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschritts ist dies *gleiche Recht* stets noch mit seiner bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportionell*; die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensivität nach bestimmt werden; sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies *gleiche Recht* ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nun Arbeiter ist wie der andre, aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.* Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht Ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt, z. B. im gegebenen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht.

Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung

und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!

Ich bin weitläufiger auf den „unverkürzten Arbeitsertrag“ einerseits, „das gleiche Recht“, „die gerechte Verteilung“ andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unsrer Partei wieder als Dogmen aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, aber Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andre, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sog. *Verteilung* Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z. B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedin-

gung, der Arbeitskraft, ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Vulgärsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärtsgehn?

4. „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andren Klassen *nur eine reaktionäre Masse* sind.“

Die erste Strophe ist aus den Eingangsworten der internationalen Statuten, aber „verbessert“. Dort heißt es: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die Tat der Arbeiter selbst sein“³³; hier hat dagegen „die Arbeiterklasse“ zu befreien – was? „die Arbeit“. Be-greife, wer kann.

Zum Schadenersatz ist dagegen die Gegenstrophe Lassallesches Zitat vom reinsten Wasser: „der (der Arbeiterklasse) gegenüber alle andern Klassen *nur eine reaktionäre Masse bilden*“.

Im „Kommunistischen Manifest“ heißt es:

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehn, ist nur das Proletariat eine *wirklich revolutionäre Klasse*. Die übrigen Klassen verkommen und gehn unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.“³⁴

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefaßt als Trägerin der großen Industrie gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen. Sie bilden also nicht *zusammen mit der Bourgeoisie* nur eine reaktionäre Masse.

Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: daß die „Mittelstände ... revolutionär (werden)

³³ Siehe MEGA² I/22, S. 365. ³⁴ Siehe MEW, Bd. 4, S. 472.

... im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat“.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, „zusammen mit der Bourgeoisie“ und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse „nur eine reaktionäre Masse bilden“.

Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und *Bauern* zugerufen: Uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?

Lassalle wußte das „Kommunistische Manifest“ auswendig wie seine Gläubigen die von ihm verfaßten Heilsschriften. Wenn er es also so grob verfälschte, geschah es nur, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen.

Im obigen Paragraph wird nun zudem sein Weisheitspruch an den Haaren herbeigezogen, ohne allen Zusammenhang mit dem verballhornten Zitat aus dem Statut der Internationalen. Es ist also hier einfach eine Impertinenz, und zwar keineswegs Herrn Bismarck mißfällige, eine jener wohlfeilen Flegelleien, worin der Berliner Marat³⁵ macht.

5. „Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im *Rahmen des heutigen nationalen Staats*, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.“

Lassalle hatte im Gegensatz zum „Kommunistischen Manifest“ und zu allem früheren Sozialismus die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefaßt. Man folgt ihm darin – und dies nach dem Wirken der Internationalen!

Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisieren muß *als Klasse*, und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfes. Insofern ist ihr Klassenkampf, nicht dem Inhalt, sondern, wie das „Kommunistische Manifest“ sagt, „der Form nach“³⁶ national.

Aber der „Rahmen des heutigen nationalen Staats“, z.B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch „im Rahmen des Weltmarkts“, politisch „im Rahmen des Staatensystems“. Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich

³⁶ Wilhelm Hasselmann. ³⁸ Siehe MEW, Bd. 4, S. 473.

ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in seiner Art *internationaler* Politik.

Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens die „*internationale Völkerverbrüderung* sein wird“ – eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund³⁷ entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. *Von internationalen Funktionen* der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eignen, mit den Bourgeois aller andern Länder bereits gegen sie verbrüdereten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten!

In der Tat steht das internationale Bekenntnis des Programms *noch unendlich tief* unter dem der Freihandelspartei. Auch sie behauptet, das Ergebnis ihres Strebens sei „die internationale Völkerverbrüderung“. Sie *tut* aber auch etwas, um den Handel international zu machen, und begnügt sich keineswegs bei dem Bewußtsein daß alle Völker bei sich zu Haus Handel treiben.

Die internationale Tätigkeit der Arbeiterklassen hängt in keiner Art von der Existenz der „*Internationalen Arbeiterassoziation*“ ab. Diese war nur der erste Versuch, jener Tätigkeit ein Zentralorgan zu schaffen; ein Versuch, der durch den Anstoß, welchen er gab, von bleibendem Erfolg, aber, in *seiner ersten historischen Form*, nach dem Fall der Pariser Kommune, nicht länger durchführbar war.

Bismarcks „Norddeutsche“ war vollständig im Recht, wenn sie zur Zufriedenheit ihres Meisters verkündete, die deutsche Arbeiterpartei habe in dem neuen Programm dem Internationalismus abgeschworen.³⁸

II.

„Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den *freien Staat* und die sozialistische Gesellschaft: die Aufhebung des Lohnsystems mit dem *ehernen Lohngesetze* und der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“

³⁷ Siehe Anm. 9. ³⁸ Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Berlin); gemeint ist hier der „Politische Tagesbericht“ in der Ausgabe vom 20. März 1875.

Auf den „freien“ Staat komme ich später zurück.

Also in Zukunft hat die deutsche Arbeiterpartei an Lassalles „ehernes Lohngesetz“ zu glauben! Damit es nicht verlorengelht, begeht man den Unsinn, von „Aufhebung des Lohnsystems (sollte heißen: System der Lohnarbeit) mit dem ehernen Lohngesetz“ zu sprechen. Hebe ich die Lohnarbeit auf, so hebe ich natürlich auch ihre Gesetze auf, seien sie „ehern“ oder schwammig. Aber Lassalles Bekämpfung der Lohnarbeit drehte sich fast nur um dies sog. Gesetz. Um daher zu beweisen, daß die Lassallesche Sekte gesiegt hat, muß das „Lohnsystem mit dem ehernen Lohngesetz“ aufgehoben werden und nicht ohne dasselbe.

Von dem „ehernen Lohngesetz“ gehört Lassalle bekanntlich nichts als das den Goetheschen „ewigen, ehernen, großen Gesetzen“³⁹ entlehnte Wort „ehern“. Das Wort *ehern* ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinn, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie? Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tod zeigte:⁴⁰ die (von Lange selbst gepredigte) Malthussche Bevölkerungstheorie. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz *nicht* aufheben und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern *jedes* gesellschaftliche System beherrscht. Grade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Ökonomen bewiesen, daß der Sozialismus das *naturbegründete* Elend nicht aufheben, sondern nur *verallgemeinern*, gleichmäßig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne!

Aber all das ist nicht die Hauptsache. *Ganz abgesehen* von der *falschen* Lassalleschen Fassung des Gesetzes, besteht der wahrhaft empörende Rückschritt darin:

Seit Lassalles Tode hat sich die wissenschaftliche Einsicht in *unsrer* Partei Bahn gebrochen, daß der *Arbeitslohn* nicht das ist, was er zu sein *scheint*, nämlich der *Wert respektive Preis der Arbeit*, sondern nur eine maskierte Form für den *Wert resp. Preis der Arbeitskraft*.⁴¹ Damit war die ganze bisherige bürgerliche Auffassung des Arbeitslohns sowie die ganze bisher gegen selbe gerichtete

³⁹ Goethe: Das Göttliche, 6. Strophe: „Nach ewigen, ehernen, / Großen Gesetzen / Müssen wir alle / Unseres Daseins / Kreise vollenden.“ ⁴⁰ Friedrich Albert Lange: Die Arbeiterfrage in ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft, Duisburg 1865, v. a. S. 108–112.

Kritik ein für allemal über den Haufen geworfen und klargestellt, daß der Lohnarbeiter nur die Erlaubnis hat, für sein eignes Leben zu arbeiten, d.h. zu *leben*, soweit er gewisse Zeit umsonst für den Kapitalisten (daher auch für dessen Mitzeherer am Mehrwert) arbeitet; daß das ganze kapitalistische Produktionssystem sich darum dreht, diese Gratisarbeit zu verlängern durch Ausdehnung des Arbeitstags oder durch Entwicklung der Produktivität, größere Spannung der Arbeitskraft etc.; daß also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei, und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maß härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfangt. Und nachdem diese Einsicht unter unsrer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalles Dogma zurück, obgleich man nun wissen mußte, daß Lassalle *nicht wußte*, was der Arbeitslohn war, sondern, im Gefolg der bürgerlichen Ökonomen, den Schein für das Wesen der Sache nahm.

Es ist, als ob unter Sklaven, die endlich hinter das Geheimnis der Sklaverei gekommen und in Rebellion ausgebrochen, ein in veralteten Vorstellungen befangener Sklave auf das Programm der Rebellion schriebe: Die Sklaverei muß abgeschafft werden, weil die Beköstigung der Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses, niedriges Maximum nicht überschreiten kann!

Die bloße Tatsache, daß die Vertreter unsrer Partei fähig waren, ein so ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht zu begehen, beweist sie nicht allein, mit welchem frevelhaften Leichtsinne, mit welcher Gewissenlosigkeit sie bei Abfassung des Kompromißprogramms zu Werke gingen?

Anstatt der unbestimmten Schlußphrase des Paragraphen, „die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“, war zu sagen, daß mit der Abschaffung der Klassenunterschiede von selbst alle aus ihnen entspringende soziale und politische Ungleichheit verschwindet.

III.

⁴¹ Siehe Anm. 10; siehe auch unser Leseheft Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, 7. Abschnitt.

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volks. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“

Nach dem Lassalleschen „chernen Lohngesetz“ das Heilmittel des Propheten! Es wird in würdiger Weise „angebahrt“! An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase - „die soziale Frage“, deren „Lösung“ man „anbahnt“. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft „entsteht“ die „sozialistische Organisation der Gesamtarbeit“ aus der „Staatshilfe“, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht die Arbeiter, „ins Leben ruft“. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanlehn ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!⁴²

Aus einem Rest von Scham stellt man „die Staatshilfe“ „unter die demokratische Kontrolle des arbeitenden Volks“.

Erstens besteht „das arbeitende Volk“ in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern.

Zweitens heißt „demokratisch“ zu deutsch „volksherrschaftlich“. Was heißt aber „die volksherrschaftliche Kontrolle des arbeitenden Volkes“? Und nun gar bei einem Arbeitervolk, das durch diese Forderungen, die es an den Staat stellt, sein volles Bewußtsein ausspricht, daß es weder an der Herrschaft ist noch zur Herrschaft reif ist!

Auf die Kritik des von Buchez unter Louis-Philippe im Gegensatz gegen die französischen Sozialisten verschriebnen und von den reaktionären Arbeitern des „Atelier“ angenommenen Rezepts⁴³ ist es überflüssig, hier einzugehen. Es liegt auch der Hauptanstoß nicht darin, daß man diese spezifische Wunderkur ins Programm geschrieben, sondern daß man überhaupt vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenbewegung zurückgeht.

Daß die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem und zunächst bei sich, also nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, daß sie an der Umwälzung der

⁴² Anspielung auf eine Stelle in Lassalles „Öffnem Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig“, Zürich 1863, S. 25; siehe Gesammelte Reden und Schriften (Fußn. 11), S. 73. ⁴³ Siehe Anm. 13.

jetzigen Produktionsbedingungen arbeiten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgesellschaften mit Staatshilfe! Was aber die jetzigen Kooperativgesellschaften betrifft, so haben sie nur Wert, soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind.

[IV.]

Ich komme jetzt zum demokratischen Abschnitt.

A. „Freiheitliche Grundlage des Staats.“

Zunächst nach II. erstrebt die deutsche Arbeiterpartei „den freien Staat“.

Freier Staat – was ist das?

Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat „frei“ zu machen. Im Deutschen Reich ist der „Staat“ fast so „frei“ als in Rußland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heurig sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maß, worin sie die „Freiheit des Staats“ beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen, indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und das gilt von jeder künftigen) als „Grundlage“ des bestehenden Staats (oder künftigen; für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eignen „geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen“ besitzt.

Und nun gar der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten „heutiger Staat“, „heutige Gesellschaft“ treibt, und den noch wüsteren Mißverständnis, den es über den Staat anrichtet, an den es seine Forderungen richtet!

Die „heutige Gesellschaft“ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelaltrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der „heutige Staat“ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als

in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „Der heutige Staat“ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer, trotz ihrer bunten Formverschiedenheit, alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinn kann man von „heutigem Staatswesen“ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft untergehn⁴⁴? In andern Worten, welche gesellschaftliche Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Worts Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der aller Welt bekannten demokratischen Litanei; allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr etc. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes.

Es sind lauter Forderungen, die, soweit nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits *realisiert* sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten etc. Diese Sorte „Zukunftsstaat“ ist *heutiger Staat*, obgleich außerhalb „des Rahmens“ des Deutschen Reichs existierend.

Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb „des heutigen nationalen Staats“, also ihres Staats, des preußisch-deutschen Reichs, zu be-

⁴⁴ 1891: erleiden

wegen ihre Forderungen wären ja sonst auch größtenteils sinnlos, da man nur fordert, was man noch nicht hat, so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sog. Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer *demokratischen Republik* am Platz sind.

Da man nicht den Mut hat und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht -, die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoléon taten so hätte man auch [nicht] zu der weder „ehrlichen“⁴⁵ noch würdigen Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist, und diesem Staat obendrein noch zu beteuern, daß man ihm dergleichen „mit gesetzlichen Mitteln“ aufdringen zu können wähnt!

Selbst die Vulgärdemokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß grade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist selbst sie steht noch berghoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.

Daß man in der Tat unter „Staat“ die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft besondern eignen Organismus bildet, zeigen schon die Worte:

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt *als wirtschaftliche Grundlage des Staats*: eine einzige progressive Einkommensteuer etc.“

Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existierenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommenquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, daß die Financial Reformers von Liverpool Bourgeois mit Gladstones Bruder an der Spitze dieselbe Forderung stellen wie das Programm.⁴⁶

⁴⁵ Siehe Anm. 4

B. „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats:

1. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht.“

Gleiche Volkserziehung? Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaubt man, daß in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit ihr zu tun) die Erziehung für alle Klassen gleich sein kann? Oder verlangt man, daß auch die höheren Klassen zwangsweise auf das Modikum Erziehung der Volksschule reduziert werden sollen, das allein mit den ökonomischen Verhältnissen nicht nur der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern verträglich ist?

„Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht.“ Die erste existiert selbst in Deutschland, der zweite in der Schweiz, den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten der letzteren auch „höhere“ Unterrichtsanstalten „unentgeltlich“ sind, so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten. Nebenbei gilt dasselbe von der unter A. 5. verlangten „unentgeltlichen Rechtspflege“. Die Kriminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Ziviljustiz dreht sich fast nur um Eigentumskonflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volksäckels ihre Prozesse führen?

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.

Ganz verwerflich ist eine „Volkserziehung durch den Staat“. Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrpersonals, die Unterrichtszweige etc., und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch Staatsinspektoren die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz anderes, als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen! Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen. Im preußisch-deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, daß man von einem „Zukunftsstaat“ spricht; wir haben gesehen, welche Bewandnis es damit hat) bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk.

⁴⁶ Tracts of the Liverpool Financial Reform Association, (Liverpool) 1851, S. VII. ⁴⁷ Artikel 20 der „Verfassungsurkunde für den preußischen Staat“ von 1850.

Doch das ganze Programm, trotz allen demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fern, Wunderglauben.

2. „Freiheit der Wissenschaft“ lautet ein Paragraph der preußischen Verfassung.⁴⁷ Warum also hier?

„Gewissensfreiheit“! Wollte man zu dieser Zeit des Kulturkampfes⁴⁸ dem Liberalismus seine alten Stichworte zu Gemüt führen, so konnte es doch nur in dieser Form geschehn: Jeder muß seine religiöse wie seine leibliche Notdurft verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hineinstreckt. Aber die Arbeiterpartei mußte doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewußtsein darüber aussprechen, daß die bürgerliche „Gewissensfreiheit“ nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten religiöser Gewissensunfreiheit, und daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt. Man beliebt aber das „bürgerliche“ Niveau nicht zu überschreiten.

Ich bin jetzt zu Ende gelangt, denn der nun im Programm folgende Anhang bildet keinen charakteristischen Bestandteil desselben. Ich habe mich daher hier ganz kurz zu fassen.

2. „Normalarbeitstag.“

Die Arbeiterpartei keines andren Landes hat sich auf solch unbestimmte Forderung beschränkt, sondern stets die Länge des Arbeitstags fixiert, die sie unter den gegebenen Umständen für normal hielt.

3. „Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.“

Die Normierung des Arbeitstags muß die Beschränkung der Frauenarbeit schon einschließen, soweit sie sich auf Dauer, Pausen etc. des Arbeitstags bezieht; sonst kann sie nur Ausschluß der Frauenarbeit aus Arbeitszweigen bedeuten, die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder die für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind. Meinte man das, so mußte es gesagt werden.

⁴⁸ Tracts of the Liverpool Financial Reform Association, (Liverpool) 1851, S. VII. ⁴⁹ Die von Bismarck und den Liberalen in den 1870er Jahren initiierten Maßnahmen, die darauf gerichtet waren, den Einfluß des katholischen Klerikalismus und der Zentrumspartei, die ihn politisch repräsentierte, zurückzudrängen, die dabei angewandten Mittel und Methoden waren teilweise nicht mit liberalen Prinzipien vereinbar.

„Verbot der Kinderarbeit“! Hier war absolut nötig, die Altersgrenze anzugeben.

Allgemeines Verbot der Kinderarbeit ist unverträglich mit der Existenz der großen Industrie und daher leerer frommer Wunsch.

Durchführung desselben wenn möglich wäre reaktionär, da, bei strenger Regelung der Arbeitszeit nach den verschiedenen Altersstufen und sonstigen Vorsichtsmaßregeln zum Schutz der Kinder, frühzeitige Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungsmittel der heutigen Gesellschaft ist.

4. „Staatliche Überwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie.“

Gegenüber dem preußisch-deutschen Staat war bestimmt zu verlangen, daß die Inspektoren nur gerichtlich absetzbar sind; daß jeder Arbeiter sie wegen Pflichtverletzung den Gerichten denunzieren kann; daß sie dem ärztlichen Stand angehören müssen.

5. „Regelung der Gefängnisarbeit.“

Kleinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm. Jedenfalls mußte man klar aussprechen, daß man aus Konkurrenzneid die gemeinen Verbrecher nicht wie Vieh behandelt wissen und ihnen namentlich ihr einziges Besserungsmittel, produktive Arbeit, nicht abschneiden will. Das war doch das Geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte.

6. „Ein wirksames Haftgesetz.“

Es war zu sagen, was man unter „wirksamem“ Haftgesetz versteht.

Nebenbei bemerkt, hat man beim Normalarbeitstag den Teil der Fabrikgesetzgebung übersehen, der Gesundheitsmaßregeln und Schutzmittel gegen Gefahr etc. betrifft. Das Haftgesetz tritt erst in Wirkung, sobald diese Vorschriften verletzt werden.

Kurz, auch dieser Anhang zeichnet sich durch schlottrige Redaktion aus.

Dixi et salvavi animam meam.⁴⁹

⁴⁹ Die Sentenz „Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet“ geht auf den Propheten Hesekiel (Ezechiel) zurück (Die Bibel. Das Alte Testament. Hesekiel 3, 18/19).

Friedrich Engels

[Einleitung zu Marx' „Kritik des Gothaer Programmentwurfs“]

Das hier abgedruckte Manuskript der Begleitbrief an Bracke sowohl wie die Kritik des Programmentwurfs wurde 1875 kurz vor dem Gothaer Einigungskongreß an Bracke zur Mitteilung an Geib, Auer, Bebel⁵⁰ und Liebknecht und spätern Rücksendung an Marx abgesandt. Da der Haller Parteitag die Diskussion des Gothaer Programms auf die Tagesordnung der Partei gesetzt hat, würde ich glauben, eine Unterschlagung zu begehen, wenn ich dies wichtige vielleicht das wichtigste in diese Diskussion einschlagende Aktenstück der Öffentlichkeit noch länger vorenthielte.

Das Manuskript hat aber noch eine andere und weiter reichende Bedeutung. Zum erstenmal wird hier die Stellung von Marx zu der von Lassalle seit dessen Eintritt in die Agitation eingeschlagenen Richtung klar und fest dargelegt, und zwar sowohl was die ökonomischen Prinzipien wie die Taktik Lassalles betrifft.

Die rücksichtslose Schärfe, mit der hier der Programmentwurf zergliedert, die Unerbittlichkeit, womit die gewonnenen Resultate ausgesprochen, die Blößen des Entwurfs aufgedeckt werden, alles das kann heute, nach fünfzehn Jahren, nicht mehr verletzen. Spezifische Lassalleaner existieren nur noch im Ausland als vereinzelte Ruinen, und das Gothaer Programm ist in Halle sogar von seinen Schöpfern als durchaus unzulänglich preisgegeben worden.

Trotzdem habe ich einige persönlich scharfe Ausdrücke und Urteile da, wo dies für die Sache gleichgiltig war, ausgelassen und durch Punkte ersetzt. Marx selbst würde dies tun, wenn er das

⁵⁰ Siehe Anm. 23.

Manuskript heute veröffentlichte. Die stellenweise heftige Sprache desselben war provoziert durch zwei Umstände. Erstens waren Marx und ich mit der deutschen Bewegung inniger verwachsen als mit irgendeiner andern; der in diesem Programmwurf bekundete entschiedene Rückschritt mußte uns also besonders heftig erregen. Zweitens aber lagen wir damals, kaum zwei Jahre nach dem Haager Kongreß der Internationale⁵¹, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anarchisten, die uns für alles verantwortlich machten, was in Deutschland in der Arbeiterbewegung geschah; wir mußten also erwarten, daß man uns auch die geheime Vaterschaft dieses Programms zuschob. Diese Rücksichten fallen jetzt weg und mit ihnen die Notwendigkeit der fraglichen Stellen.

Auch aus preßgesetzlichen Gründen sind einige Sätze nur durch Punkte angedeutet. Wo ich einen milderen Ausdruck wählen mußte, ist er in eckige Klammern gesetzt.⁵¹ Sonst ist *der Abdruck wörtlich*.

London, 6. Januar 1891
Fr. Engels

⁵¹ Auf dem Haager Kongreß der IAA (2.-7. September 1872) erlebte die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern von Marx und denen Bakunins ihren Höhepunkt. Bakunin und James Guillaume (1844-1916) wurden aus der IAA ausgeschlossen. ⁵¹ Diese Eingriffe (siehe auch unsere Vorbemerkung) lassen sich aus dem Variantenverzeichnis in MEGA² I/25, S. 535-544, entnehmen. Im vorliegenden Text bedeuten [...] Ergänzungen des Herausgebers.

Friedrich Engels

Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-Entwurfs 1891

Der jetzige Entwurf⁵³ unterscheidet sich sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm⁵⁴. Die starken Überreste von überlebter Tradition spezifisch lassallischer wie vulgärsozialistischer sind im wesentlichen beseitigt, der Entwurf steht nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft und läßt sich von diesem Boden aus diskutieren.

Er zerfällt in 3 Abschnitte: 1) Erwägungsgründe, 2) politische Forderungen, 3) Arbeiterschutzforderungen.

I. Erwägungsgründe, in zehn Absätzen

Im allgemeinen leiden diese an dem Versuch, zwei unvereinbare Dinge zu vereinigen: sowohl Programm wie *Kommentar* zum Programm zu sein. Man fürchtet, nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend ist, und setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen. Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und so präzise wie möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Versammlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse tut da alles Nötige, und der kurze, prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort, und das passiert der breiteren Auseinandersetzung nie. Man opfre der Rück-

⁵³ Erstveröffentlichung durch Horst Bartel in „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (BZG), Berlin, Sonderh. 1968, S. 173-175. ⁵⁴ Zu vergleichen u. a. bei Dieter Fricke (Anm. 3), S. 149/150.

sicht auf Popularität nicht zu viel, man unterschätze nicht die geistige Begabung und Bildungsstufe unsrer Arbeiter. Sie haben weit schwerere Dinge verstanden, als das kürzeste, knappste Programm ihnen bieten kann; und wenn die sozialistengesetzliche Zeit⁵⁵ auch die volle Durchbildung der neu hinzugekommenen Massen erschwert und stellenweise verhindert hat unter der Leitung der Alten wird das bald nachgeholt, jetzt, wo unsre Propagandaschriften wieder ungestört aufbewahrt und gelesen werden können.

Ich will versuchen, diesen ganzen Passus etwas kürzer zu fassen, und wenn es mir gelingt, ihn beilegen oder nachschicken, und gehen nun an die einzelnen von 1-10 nummerierten Absätze.

Absatz 1. „Die Trennung“ etc. „Bergwerke, Gruben, Minen“, drei Worte für eine Sache, zwei sollten fallen. Ich würde *Bergwerke* stehenlassen, die ja bei uns auch in der plattesten Ebene so heißen, und alles mit dem gebräuchlichsten Ausdruck bezeichnen. Dagegen würde ich hineinsetzen: „Eisenbahnen und andre Verkehrsmittel“.

Absatz 2. Hier würde ich setzen: „In den Händen ihrer Aneigner (oder ihrer Besitzer) sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel“, und ebenso nachher „Abhängigkeit ... von den Besitzern (oder Aneignern) der Arbeitsmittel“ usw.

Daß die Herren sich jene Dinge als „Alleinbesitz“ angeeignet, ist schon ad 1. gesagt und kann hier nur wiederholt werden, wenn man platterdings darauf besteht, das Wort „Monopolisten“ hineinzubringen. Weder das eine noch das andre Wort fügt dem Sinn das Geringste zu. Was aber in einem Programm überflüssig, das schwächt ab.

„Die für den Bestand der Gesellschaft nötigen Arbeitsmittel“ das sind immer die grade vorhandnen. Vor der Dampfmaschine wurde man ohne sie fertig, jetzt könnten wir's nicht mehr. Da heutzutage die sämtlichen Arbeitsmittel direkt oder indirekt entweder ihrer Konstruktion nach oder vermittelt der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit *gesellschaftliche Arbeitsmittel* sind, so drücken diese beiden Worte das in jedem Moment Vorhandene hinreichend aus, richtig und ohne schiefe Nebenbedeutung.

Wenn sich der Schluß an die Erwägungsgründe der internationalen Statuten⁵⁶ anschließt, so würde ich vorziehen, daß dies ganz geschieht: „dem gesellschaftlichen Elend“ (dies ist Nr. 1), „der ge-

⁵⁵ Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ war von 1878-1890 in Kraft. ⁵⁶ Siehe Anm. 31.

stigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit“. Die physische Verkümmern ist im gesellschaftlichen Elend eingeschlossen, und die politische *Abhängigkeit* ist eine Tatsache, während die politische *Rechtlosigkeit* eine deklamatorische Phrase von nur *relativer* Gültigkeit ist, dergleichen nicht in ein Programm gehört.

Absatz 3. Der erste Satz muß nach meiner Ansicht geändert werden. „Unter der *Herrschaft der Alleinbesitzer*.“ Erstens ist das, was folgt, eine ökonomische Tatsache, die ökonomisch zu erklären ist. Der Ausdruck „*Herrschaft der Alleinbesitzer*“ bringt aber den falschen Schein hinein, als habe die *politische* Herrschaft jener Räuberbande das verursacht. Zweitens gehören zu diesen Alleinbesitzern nicht nur „Kapitalisten und Großgrundbesitzer“ (was sollen die „Bourgeois“ dahinter? sind sie eine dritte Klasse von Alleinbesitzern? sind die Großgrundbesitzer auch „Bourgeois“? sollen, wenn von Großgrundbesitzern einmal die Rede ist, denn die kolossalen Reste von Feudalismus ignoriert werden, die unsrer ganzen politischen Sauerei in Deutschland ihr spezifisch reaktionäres Gepräge geben?). Auch *Bauern* und *Kleinbürger* sind „Alleinbesitzer“, wenigstens noch heute; sie figurieren aber im ganzen Programm nicht, und deshalb muß sich so ausgedrückt werden, daß sie überhaupt nicht eingeschlossen sind in die Sorte von Alleinbesitzern, von denen man spricht.

„Die Anhäufung der Arbeitsmittel und des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums.“

Der „Reichtum“ besteht aus 1. Arbeitsmitteln, 2. Lebensmitteln. Es ist also ungrammatisch und unlogisch, erst von einem *Teil* des Reichtums zu sprechen und dann nicht vom andern Teil, sondern vom Gesamtreichtum, und beide zu verbinden durch *und*.

„...nimmt ... in den Händen der *Kapitalisten* mit wachsender Geschwindigkeit zu“. Wo bleiben da die „Großgrundbesitzer“ und die „Bourgeois“ von oben? Genügen die Kapitalisten hier, so sollten sie auch oben genügt haben. Geht man aber ins einzelne, so genügen sie überhaupt nicht.

„immer größer wird die Zahl und das *Elend* der Proletarier.“ Dies ist nicht richtig, so absolut gesagt. Die Organisation der Arbeiter, ihr stets wachsender Widerstand wird dem *Wachstum des Elends* möglicherweise einen gewissen Damm entgegensetzen. Was aber *sicher* wächst, ist die *Unsicherheit der Existenz*. Das würde ich hineinsetzen.

Absatz 4. „Die im Wesen der kapitalistischen Privatproduktion begründete Planlosigkeit“ verdient starke Verbesserung. Ich kenne eine kapitalistische Produktion als Gesellschaftsform, als ökonomische Phase; eine kapitalistische *Privat*produktion als eine innerhalb dieser Phase so oder so vorkommende *Erscheinung*. Was heißt denn kapitalistische *Privat*produktion? Produktion durch den *einzelnen* Unternehmer, und die wird ja schon mehr und mehr Ausnahme. Kapitalistische Produktion durch *Aktiengesellschaften* ist schon keine *Privat*produktion mehr, sondern Produktion für assoziierte Rechnung von vielen. Und wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die *Privatproduktion* auf, sondern auch die *Planlosigkeit*. Man streiche „*Privat*“, und der Satz kann allenfalls passieren.

„Den Ruin weiter Volksschichten“. Statt dieser deklamatorischen Phrase, die aussieht, als täte uns dieser Ruin von Bourgeois und Kleinbürgern noch leid, würde ich die einfache Tatsache erzählen: „die durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände, der Kleinbürger und Kleinbauern, den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern (oder vertiefen).“

Die beiden Schlußsätze sagen zweimal dasselbe. Ich gebe in der Beilage I einen Änderungsvorschlag.

Absatz 5. „der Ursachen“ muß heißen „*seiner* Ursachen“, was wohl nur Schreibfehler ist.

Absatz 6. „Bergwerke, Minen, Gruben“, wie oben ad 1. „*Privat*produktion“, wie oben. Ich würde sagen: „Umwandlung der gegenwärtigen kapitalistischen Produktion für Rechnung von einzelnen oder Aktiengesellschaften in sozialistische Produktion für Rechnung der gesamten Gesellschaft und nach vorherbestimmtem Plan, eine Umwandlung etc. ... schafft, und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.“

Absatz 7. Ich würde sagen wie in Beilage I.

Absatz 8. statt „klassenbewußt“, was zwar unter unsern Kreisen leicht verständliche Abkürzung, würde ich sagen im Interesse des allgemeinen Verständnisses und der Übersetzung in fremde Sprachen: „mit den zum Bewußtsein ihrer Klassenlage durchgedrungenen Arbeitern“ oder ähnliches.

Absatz 9. Schlußsatz: „... setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und politischen Unterdrückung in einer Hand vereinigt.“

Absatz 10. Hinter „Klassenherrschaft“ fehlt: „und der Klassen selbst“. Die Abschaffung der Klassen ist unsre Grundforderung, ohne sie die Abschaffung der Klassenherrschaft ökonomisch ein Unding. Statt „für das gleiche Recht aller“ schlage ich vor: „für gleiche Rechte und *gleiche Pflichten* aller“ etc. *Die gleichen Pflichten* sind für uns eine ganz besonders wesentliche Ergänzung der bürgerlich-demokratischen *gleichen Rechte* und nehmen ihnen den spezifisch bürgerlichen Sinn.

Den Schlußsatz: „In ihrem Kampf ... geeignet sind“ möchte ich lieber streichen. In seiner Unbestimmtheit: „welche die Lage des *Volks* im allgemeinen“ (wer ist das?) „... zu verbessern geeignet sind“, kann er alles umfassen, Schutzzölle und Freihandel, Zünfte und Gewerbefreiheit, Bodenkredit, Tauschbanken, Impfwang und Impfverbot, Alkoholismus und Antischnaps etc. etc. Was er sagen *soll*, steht im Vordersatz schon drin, und daß, wenn man das Ganze will, man auch jedes einzelne Stück mitnimmt, braucht man doch nicht extra zu sagen, ich meine, es schwächt den Eindruck ab. Will man den Satz aber als Übergang zu den Einzelforderungen, dann könnte man etwa sagen: „verficht die Sozialdemokratie alle Forderungen, *welche sie diesem Ziele näherführen*“ („Maßregeln und Einrichtungen“ als Wiederholung zu streichen). Oder aber, was noch besser: man sagt geradezu, um was es sich handelt, daß man die versäumte Arbeit der Bourgeoisie nachholen muß; in dem Sinn habe ich einen Schlußsatz in Beilage I gesetzt. Diesen halte ich für wichtig wegen meiner Bemerkungen im folgenden Abschnitt und zur Motivierung meiner dort gemachten Vorschläge.

II. Politische Forderungen

Die politischen Forderungen des Entwurfs haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, *steht nicht darin*. Wenn alle diese 10 Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst. Die Reichsverfassung ist in der Abmessung der dem Volk und seiner Vertretung überwiesenen Rechte ein purer Abklatsch der preußischen Verfassung von 1850, einer Verfassung, worin die äußerste Reaktion

in Paragraphen gefaßt ist, worin die Regierung alle wirkliche Macht besitzt und die Kammern nicht einmal das Steuerverweigerungsrecht haben; einer Verfassung, die in der Konfliktzeit⁵⁷ bewies, daß die Regierung mit ihr machen konnte, was sie wollte. Die Rechte des Reichstags sind genau dieselben wie die der preußischen Kammern, und daher nannte Liebknecht diesen Reichstag „das Feigenblatt des Absolutismus“⁵⁸. Auf Grundlage dieser Verfassung und der von ihr sanktionierten Kleinstaaterei, eines „Bundes“ zwischen Preußen und Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein, wovon das eine soviel Quadratmeilen hat als das andre Quadratzoll, auf solcher Grundlage die „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum“ durchführen zu wollen, ist augenscheinlich sinnlos.

Daran zu tasten ist aber gefährlich. Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist grade jetzt der in einem großen Teil der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallene voreilige Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Weg durchzuführen. Man redet sich und der Partei vor, „die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein“,⁵⁹ ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse und diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe. Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert und wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volks hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie in England, wo die

⁵⁷ Heeres- und Verfassungskonflikt zwischen der Regierung und den verschiedenen Gruppen der liberalen Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses in den Jahren 1860-1866. ⁵⁸ Rede im Norddeutschen Reichstag vom 17. Oktober 1867 (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes, 1. Leg.-Per., Session 1867, Bd. 1, Berlin 1867, S. 452). ⁵⁹ Liebknecht in seinem Schlußwort auf dem Hallenser Parteitag (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ... 1890, Berlin 1890, S. 204).

bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig, der Reichstag und alle andern Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren, und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.

Eine solche Politik kann nur die eigne Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die einschneidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind. Soll es wieder gehn wie seinerzeit mit den Schutzzöllen, die man damals für eine nur die Bourgeoisie angehende, die Arbeiter nicht im entferntesten berührende Frage erklärte, wo also jeder stimmen könne, wie er wolle, während jetzt mehr als einer ins entgegengesetzte Extrem verfällt und aus Gegensatz gegen die schutzzöllnerisch gewordenen Bourgeois die ökonomischen Verdrehungen von Cobden und Bright neu auflegt und als reinsten Sozialismus predigt das reinste Manchestertum? Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tags, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag „ehrlich“ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der „ehrliche“ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen.

Welches sind nun diese kitzligen, aber sehr wesentlichen Punkte?

Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsre besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten wie Miquel. Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehn, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis-Philippe in Frankreich ebenso zulässig war

wie jetzt in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemächlich-friedlichem Weg die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der *Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung*. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weitergehen kann.

Zweitens. Die Rekonstitution Deutschlands. Einerseits muß die Kleinstaaterei beseitigt werden man revolutioniere doch die Gesellschaft, solange es bayrisch-württembergische Reservatrechte gibt und die Karte z. B. von Thüringen das gegenwärtige Jammerbild bietet! Andererseits muß Preußen aufhören zu existieren, muß in selbstverwaltende Provinzen aufgelöst werden, damit das spezifische Preußentum aufhört, auf Deutschland zu lasten. Kleinstaaterei und spezifisches Preußentum sind die beiden Seiten des Gegensatzes, worin Deutschland jetzt gefangenliegt und wo immer die eine Seite der andern als Entschuldigung und Existenzgrund dienen muß.

Was soll an die Stelle treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlaments schon jetzt dreierlei Gesetzssysteme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitstaat: daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigne Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß oder klein, als solcher stimmt. Das erste haben wir glücklich überwunden und werden nicht so kindisch sein, es wieder einzuführen, und das zweite haben wir im Bundesrat und können es sehr gut entbehren, wie

denn überhaupt unser „Bundesstaat“ schon den Übergang zum Einheitsstaat bildet. Und wir haben nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von oben⁶⁰ wieder rückgängig zu machen, sondern ihr die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von unten.

Also einheitliche Republik. Aber nicht im Sinn der heutigen französischen, die weiter nichts ist als das 1798⁶¹ begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik und noch heute Australien, Kanada und die andern englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als z. B. der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfecten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verbeten haben wollen wie die preußischen Landräte und Regierungsräte.

Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas zu sagen nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Weg in die kommunistische Gesellschaft überführen will. Und ferner, um dem Parteivorstand in Erinnerung zu bringen, daß es noch andre politische Fragen von Wichtigkeit gibt als die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die unentgeltliche Rechtspflege, ohne die wir am Ende auch vorankommen. Bei der allgemeinen Unsicherheit können jene Fragen von heute auf morgen brennend werden, und was dann, wenn wir sie nicht diskutiert, uns nicht darüber verständigt haben?

Was aber ins Programm kommen kann und was wenigstens indirekt als Andeutung des nicht Sagbaren dienen kann, ist die Forderung:

⁶⁰ Der Preußisch-Österreichische Krieg von 1866 und der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 sowie die davon ausgehenden Gründungen des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches. Dieser nationalstaatlichen Einigung unter Führung Preußens fielen auch einige Dynastien zum Opfer. ⁶¹ Muß im Hinblick auf Napoléons Staatsstreich vom 18. Brumaire (9. November) „1798“ heißen. Als Kaiser ließ er sich erst 1804 ausrufen.

„Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staatswegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.“

Ob es sonst noch möglich ist, in bezug auf die soeben diskutierten Punkte Programmforderungen zu formulieren, kann ich hier nicht so gut beurteilen als ihr dort. Aber wünschenswert wäre es, daß diese Fragen innerhalb der Partei debattiert würden, ehe es zu spät ist.

1. Der Unterschied zwischen „Wahlrecht und Stimmrecht“ resp. „Wahlen und Abstimmungen“ ist mir nicht ersichtlich. Soll einer gemacht werden, so wäre dies jedenfalls deutlicher auszudrücken oder in einem den Entwurf begleitenden Kommentar zu erklären.

2. „Vorschlags- und Verwerfungsrecht des Volks“ für alle Gesetze oder Beschlüsse der Volksvertretung wäre hinzuzusetzen.

5. Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Gemeinschaften ohne Ausnahme werden vom Staat als Privatgenossenschaften behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf die öffentlichen Schulen. (Man kann ihnen doch nicht verbieten, *eigene* Schulen aus *eigenen* Mitteln zu gründen und dort ihren Blödsinn zu lehren.)

6. „Weltlichkeit der Schule“ fällt dann weg, es gehört in den vorigen Paragraphen.

8. und 9. Hier möchte ich zu bedenken geben: Diese Punkte fordern Verstaatlichung 1. der *Advokatur*, 2. der *Ärzte*, 3. der *Apotheken*, *Zahnärzte*, *Hebammen*, *Krankenpflege* etc. etc., und ferner wird später die totale Verstaatlichung der Arbeiterversicherung gefordert. Ob das alles dem Herrn von Caprivi anvertraut werden darf? Und ob das im Einklang steht mit der vorausgegangenen Lossagung von allem Staatssozialismus?

10. Hier würde ich sagen: „Progressive ... Steuer für Bestreitung aller Ausgaben in Staat, Bezirk und Gemeinde, soweit Steuern dazu erforderlich. Abschaffung aller indirekten Staats- und Lokalsteuern, Zölle etc.“ Der Rest ist überflüssig und abschwächender Kommentar resp. Motivierung.

III. Ökonomische Forderungen

ad 2: Nirgends mehr als in Deutschland bedarf das Koalitionsrecht auch einer Sicherstellung gegenüber dem Staat.

Der Schlußsatz: „Zur Regelung“ etc. wäre als Artikel 4 zuzusetzen und in entsprechende Form zu bringen. Zu diesem wäre zu bemerken, daß wir mit Arbeitskammern von ½ Arbeitern und ½ Unternehmern geleimt wären. Auf Jahre hinaus werden da die Majoritäten stets auf Seite der Unternehmer sein, wozu ein schwarzes Schaf unter den Arbeitern genügt. Wird nicht ausgemacht, daß in Streitfällen *beide Hälften separat* Meinung abgeben, wäre es viel besser, eine Unternehmerrammer und *daneben eine unabhängige Arbeiterkammer zu haben*.

Ich möchte bitten, vor Toresschluß nochmals das französische Programm⁶² zu vergleichen, wo grade für Nr. III manches besser scheint. Das spanische⁶³ kann ich bei der Kürze der Zeit leider nicht herausuchen, es ist auch in vieler Beziehung sehr gut.

[Beilage zu Abschnitt I]

1. „Gruben, Minen“ weg. „Eisenbahnen und andre Verkehrsmittel“.

2. In den Händen ihrer Aneigner (oder Besitzer) sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter die Aneigner der Arbeitsmittel, d.h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.

3. Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter der Kapitalisten und Großgrundbesitzer mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Verteilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier usw.

⁶² Das 1880 entstandene Programm erhielt 1882 seine Form als „Le Programme du Parti ouvrier“. An der Urfassung hatten Marx und Engels mitgewirkt (Siehe MEGA² I/25, S. 208 und 466/467; deutsch in MEW, Bd. 19, S. 238 und 570/571.) ⁶³ Eine deutsche Übersetzung der Forderungen des „Programma del Partido Socialista Obrero (Español)“ von 1888 (El Socialista, Madrid, 28. 12. 1888) findet sich in der „Neuen Zeit“, 10. Jg., Stuttgart 1891/92, Bd. 1, S. 375.

4. „Privat“(produktion) fort. ... verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände, der Kleinbürger und Kleinbauern, den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern (oder vertiefen), die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verloren hat.

5. „seiner“ Ursachen ...

6. ... und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion für Rechnung von einzelnen oder Aktiengesellschaften in sozialistische Produktion für Rechnung der gesamten Gesellschaft und nach vorherbestimmtem Plan, eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

7. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Es ist selbstredend, daß sie weder von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern, ihren Ausbeutern und Gegnern, befreit werden kann noch von den Kleinbürgern und Kleinbauern, die, von der Konkurrenz der großen Ausbeuter erdrückt, keine andre Wahl haben, als entweder diesen oder den Arbeitern Heeresfolge zu leisten.

8. ... mit den zum Bewußtsein ihrer Klassenlage durchgedrungenen Arbeitern etc.

9. ... setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

10. ... Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne etc. ... Abstammung. (Schluß gestrichen) In ihrem Kampf für die ... Menschheit wird sie aber gehemmt durch die rückständigen politischen Zustände Deutschlands. Sie hat zunächst freien Bewegungsraum zu erobern, massenhafte Reste des Feudalismus und Absolutismus zu beseitigen, kurz, die Arbeit zu besorgen, die die deutschen bürgerlichen Parteien zu tun zu feig gewesen sind und noch sind. Sie hat also, wenigstens heute, auch Forderungen in ihr Programm aufzunehmen, die in andern Kulturländern die Bourgeoisie selbst schon erledigt hat.

Die knappen Annotationen enthalten außer der Berufsbezeichnung nur solche Angaben, die einen Bezug zu den jeweiligen Textstellen haben. Ist dieser Bezug bereits in einem anderen redaktionellen Text hergestellt, wird im Personenverzeichnis auf eine Wiederholung verzichtet. Das Verzeichnis erfaßt auch diese redaktionellen Texte (Seitenangaben kursiv). Marx und Engels sind nicht berücksichtigt.

Auer, Ignaz (1846-1907) Sattler; 1874/75 Sekretär des Parteiausschusses der SDAP und Mitglied der Vereinigungskommission von SDAP und ADAV; 1890-1907 Schriftführer im Parteivorstand der SPD. 20, 43

Bakunin, Michail Alexandrowitsch (1814-1876) russischer Publizist; ein Hauptvertreter des Anarchismus. 16, 21

Bebel, August (1840-1913) Drechsler; seit 1866 Mitglied der IAA; 1869 Mitbegründer der SDAP; seit 1890 als Kassierer im Parteivorstand, seit 1892 gemeinsam mit Paul Singer Vorsitzender der SPD; im langjährigen engen Briefwechsel mit Marx und Engels. 7-9, 11, 20, 43

Becker, Bernhard (1826-1882) Schriftsteller und Redakteur; Teilnehmer am Gründungskongreß des ADAV, 1864/65 dessen Präsident; seit 1870 für einige Jahre Mitglied der SDAP. 22

Bernstein, Eduard (1850-1932) Bankangestellter; lebte, im engen Umgang mit Engels, von 1888 bis 1901 als sozialdemokratischer Publizist in London. 8, 14

Bismarck, Otto Fürst von (1815-1898) preußischer Ministerpräsident (1862-1890) und deutscher Reichskanzler (1871-1890). 18, 26, 32, 33, 41

Bracke, Wilhelm (1842-1880) Verleger und Publizist; 1865 Gründer der Braunschweiger Gemeinde des ADAV; seit 1867 Mitglied der IAA; 1869 Mitbegründer der SDAP; seit 1875 (vorher gelegentlich) im engen Briefwechsel mit Marx und Engels. 7, 14, 18, 20

Bright, John (1811-1889) englischer Baumwollfabrikant; gründete 1840 zusammen mit Richard Cobden die Anti-Com Law League, die sich für völlige Handelsfreiheit einsetzte. 51

Buchez, Philippe-Benjamin (1796-1865) französischer Arzt, Historiker und Politiker; seit etwa 1830 Vertreter eines christlichen Sozialismus. 14, 36

Caprivi, Leo Graf von (1831-1899) preußischer General; von 1890-1894 preußischer Ministerpräsident und deutscher Reichskanzler. 54

Cobden, Richard (1804-1865) Fabrikant in Manchester; siehe Bright, John. 51

Dietz, Johann Heinrich Wilhelm (1843-1922) Schriftsetzer und Verleger; Sozialdemokrat. 8

Fischer, Richard (1855-1926) Schriftsetzer und Redakteur; 1890-1894 Schriftführer im Parteivorstand der SPD. 8

Geib, Wilhelm Leopold August (1842-1879) Buchhändler; seit 1864 Mitglied und seit 1869 Vorstandsmitglied des ADAV; 1869 Mitbegründer der SDAP; 1873-1878 Mitglied des Parteiausschusses; 1874/75 Mitglied der Vereinigungskommission von SDAP und ADAV. 20, 43

Gladstone, Robertson (etwa 1806-1875) englischer Kaufmann; 1848 Mitbegründer und langjähriger Präsident der Liverpool Financial Reform Association. 40

Gladstone, William Ewart (1809-1898). britischer Staatsmann; Premierminister (1868-1874, 1880-1885 und 1892-1894). 40

Goegg, Amand (1820-1897) Journalist; führendes Mitglied der internationalen Friedens- und Freiheitsliga mit Sitz in Genf; später Sozialdemokrat. 14

Goethe, Johann Wolfgang von (1749-1832) 34

Hasenclever, Wilhelm (1837-1889) Lohgerber und Journalist; seit 1871 Präsident des ADAV; 1874/75 Mitglied der Vereinigungskommission von ADAV und SDAP; 1875/76 einer der beiden Vorsitzenden der SAPD. 11, 17

Hasselmann, Wilhelm (1844-1916) leitender Redakteur der zentralen Zeitungen des ADAV „Social-Demokrat“ und „Neuer Social-Demokrat“; 1874/75 Mitglied der Vereinigungskommission von ADAV und SDAP; 1880 aus der SAPD ausgeschlossen. 11, 17, 32

Kautsky, Karl (1854-1938) Schriftsteller, Redakteur; Sozialdemokrat; 1883-1917 Redakteur der „Neuen Zeit“; im langjährigen engen Briefwechsel mit Engels. 8

Lange, Friedrich Albert (1828-1875) Lehrer, Redakteur, Philosoph, Sozialökonom; Mitglied des Ständigen Ausschusses des Verbandes Deutscher Arbeitervereine (1864-1866); Mitglied der IAA. 34

Lassalle, Ferdinand (1825-1864) Schriftsteller; Mitbegründer und erster Präsident des ADAV. 7, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 21, 22, 25, 26, 27, 28, 31, 32, 34, 35, 36, 41, 43, 58

Liebknecht, Wilhelm (1826-1900) Philologe und Publizist; 1863-1865 Mitglied des ADAV; 1869 Mitbegründer der SDAP; seit Anfang 1868 leitender Redakteur der zentralen sozialdemokratischen Zeitungen „Demokratisches Wochenblatt“ (Leipzig), „Volksstaat“ (Leipzig, 1869-1876), „Vorwärts“ (Leipzig, 1876-1878) und „Vorwärts“ (Berlin, seit 1891); im langjährigen engen Briefwechsel mit Marx und Engels. 7, 8, 11, 17, 18, 20, 21, 43, 50

Louis-Philippe I, duc d'Orléans (1773-1850) von 1830 bis 1848 König der Franzosen. 36, 39, 51

Malthus, Thomas Robert (1766-1834) englischer Geistlicher und Ökonom. 14, 34

Napoléon III. (Louis-Napoléon) (1803-1873) Präsident der zweiten französischen Republik (1848-1852), Kaiser der Franzosen (1852-1870). 39

Miquel, Johannes von (1828-1902) Rechtsanwalt; Mitglied des Bundes der Kommunisten; 1859 Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins, führender Nationalliberaler; seit 1890 preußischer Finanzminister. 51

Proudhon, Pierre-Joseph (1809-1865) französischer Schriftsteller, Soziologe und Ökonom; Sozialist; gewann mit seiner These „Eigentum ist Diebstahl“ (1841) großen Einfluß auf die frühe Arbeiterbewegung. 16

Ramm, Joseph Hermann (1840-1901) Schriftsetzer; Mitgegründer der SDAP; 1874/75 Redaktionsmitglied des „Volksstaats“, Leiter der Leipziger Genossenschaftsdruckerei und seitens der SDAP Mitglied der Vereinigungskommission von SDAP und ADAV. 7

Ricardo, David (1772-1823) englischer Bankier und Ökonom; Hauptvertreter der klassischen politischen Ökonomie; wesentliche Quelle für Marx' „Kapital“. 14

Rousseau, Jean-Jacques (1712-1778) französischer Schriftsteller und Philosoph; herausragender Vertreter der Aufklärung; wollte Ungleichheit und Ungerechtigkeit durch eine Gesellschaftsordnung beseitigen, die sich an der Natur des Menschen orientiert. 24

Sorge, Friedrich Adolph (1828-1906) Lehrer und Journalist; emigrierte 1852 in die USA; Mitglied der IAA; seit dieser Zeit im engen Briefwechsel mit Marx und Engels. 8

Tölcke, Carl Wilhelm (1817-1893) Rechtsanwalt und Journalist; 1865/66 Präsident und bis 1874 Vorstandsmitglied des ADAV; 1874/75 Mitglied der Vereinigungskommission von ADAV und SDAP. 11, 17

Marx und Engels neu gelesen

Mit dieser Empfehlung werden vom 1994 gegründeten „Förderkreis Marx-Engels-Ausgaben e.V.“ eine Reihe neubearbeiteter Studienausgaben der Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels herausgegeben. Es handelt sich hauptsächlich um Arbeiten, die schon zu Lebzeiten der Verfasser weite Verbreitung fanden. Sie sollen dem Leser einen vorurteilsfreien und authentischen Zugang zum Gesamtwerk von Marx und Engels ermöglichen.

Es sind erschienen

Karl Marx: Lohn, Preis und Profit. Essen 1998. 64 S. ISBN 3-910080-12-X.

Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Essen 1998. 107 S. ISBN 3-910080-14-6.

Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. Essen 1998. 88 S. ISBN 3-910080-13-8.

Karl Marx/ Friedrich Engels: Zu den sozialdemokratischen Programmentwürfen von Gotha und Erfurt. Essen 1999. 64 S. ISBN 3-910080-15-4

In Vorbereitung befinden sich

Friedrich Engels: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte

Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich

Karl Marx: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses

Beiträge zur Marx–Engels–Forschung. Neue Folge

Herausgeber und Redaktion:

Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl und Rolf Hecker

Bisher erschienen:

- NF 1991: Studien zum Werk von Marx und Engels
NF 1992: Zur Kritik und Geschichte der MEGA²
NF 1993: Marx–Engels–Forschung im historischen Spannungsfeld
NF 1994: Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis
NF 1995: Engels' Druckfassung versus Marx' Manuskripte zum III. Buch des „Kapital“
NF 1996: Geschichte und materialistische Geschichtstheorie bei Marx
NF 1997: Marx und Engels.
Konvergenzen – Divergenzen
NF. Sb 1: David Borisovič Rjazanov und die erste MEGA

NEU:

- NF 1998: Geschichtserkenntnis und kritische Ökonomie
284 S; ISBN 3-88619-683-6; 27 DM

1999 erscheint *Sonderband 2:*

Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung
und das Moskauer Marx–Engels–Institut (1923–1929)

Geplantes Thema der NF 1999:

Qualitative und quantitative Aspekte von Wert und Preis

Bitte bestellen Sie in Ihrer Buchhandlung
oder wenden Sie sich an den Argument Versand,
Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, www.argument.de
bzw. an die Redaktion:

Rolf Hecker, Ribbecker Str. 3, 10315 Berlin
Tel./Fax 049/030/5296525; eMail r.hecker@t-online.de
Internet: <http://home.t-online.de/home/r.hecker/marxnf.html>

Argument

Edition Marxistische Blätter

Günter Judick/Hans Joachim Krusch (Hrsg.)

Wider die Verfälschung deutscher Geschichte

Beiträge zum antifaschistischen Widerstand
und zur Gründung der BRD und der DDR
Autoren aus Ost- und Westdeutschland
wenden sich anlässlich der 50. Jahrestage
der Gründung von BRD und DDR gegen die
Verfälschung deutscher Geschichte.

Essen 1999, 176 S., 24,80 DM
ISBN 3-910080-16-2

Josef Schleifstein

Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin

Unveränderter Nachdruck eines Werkes,
das der viel zu früh verstorbene hervorra-
gende Theoretiker, Historiker und Lehrer
der Arbeiterbewegung Anfang der 70er Jah-
re verfaßt hat. Es ist die beste Einführung in
das Studium der marxistischen Klassiker.

Essen 1995, 170 S., 24,80 DM
ISBN 3-910080-04-9

Robert Steigerwald

Materialistische Philosophie – Eine Einführung für junge Leute

Eine knappe, aber fundierte Einführung in
materialistisches Philosophieren mit einer
umfangreichen Begriffserklärung für die
nächste Generation von Weltveränderern.

Essen, 1996, 128 S., 14,80 DM
ISBN 3-910080-06-5

Hans Heinz Holz

Niederlage und Zukunft des Sozialismus

Die erste Auflage des 1991 erst kurz nach
der großen Niederlage der Kommunisten
erschienenen Buches war schnell vergrif-

fen. Die 2., überarbeitete Auflage fand
große Resonanz. Es wurde in mehrere
Sprachen übersetzt.

Essen 1992, 2. Auflage, 120 S., 12,80 DM
ISBN 3-910080-00-6

Hans Heinz Holz

Kommunisten heute – Die Partei und ihre Weltanschauung

Mit diesem zweiten Buch konzentriert sich
Hans Heinz Holz nicht weniger streitbar als
in „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“
auf das Parteiverständnis der Kommunis-
ten, seine Kategorien und weltanschauli-
chen Grundlagen.

Essen 1997, 2. Auflage, 160 S., 14,80 DM
ISBN 3-910080-05-7

Heinz Stehr/Rolf Priemer (Hrsg.)

25 Jahre DKP –

Eine Geschichte ohne Ende

Anlässlich des 25. Gründungstages der DKP
zogen 28 AutorInnen in diesem Buch ihr Re-
sümee, werteten Fehler und Leistungen der
DKP und gaben Anregungen für die Zu-
kunft.

Essen, 1993, 168 S., 19,80 DM
ISBN 3-910080-01-4

Und alle zwei Monate erscheint
unsere Zeitschrift

Marxistische Blätter

96 Seiten, Einzelheft 13,50 DM
(Stand 1. 1. 2000)

Jahresabo 79,- DM (inkl. Versand)

Streifbandbezug und Auslandsabo: 94,- DM

Ermäßigtes Abo: 49,- DM

für SchülerInnen, StudentInnen, Azubis,
Wehrpflichtige, Zivis und Erwerbslose

Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 / 20 00 06, Fax: 0201 / 24 37 127

